

Von der heiß geführten Debatte um die Atomkraft lassen sich die Rinder von Patrick Söndgen nicht aus der Ruhe bringen. Der 32-Jährige schüttelt kräftig an einem Apfelbaum, es fallen dutzende Früchte auf die trockene Wiese. Ganz gemütlich nähern sich die Tiere und knabbern daran herum. 20 Mutterkühe und Kälber tummeln sich auf der Weide, die die Schwiegereltern von Söndgen bewirtschaften.

Dass sie in ganz besonderer Nachbarschaft leben, dürfte den Rindern wohl nicht bewusst sein. Keine 50 Meter entfernt, hinter einem Wäldchen, liegt eine Anlage, die derzeit im Mittelpunkt einer neu aufgeflamten Energiedebatte steht: das Kernkraftwerk Neckarwestheim. Dessen Block 2 ist neben der Anlage Isar 2 nahe Landshut in Bayern und dem Kraftwerk Emsland nahe Lingen in Niedersachsen der letzte noch laufende Atomreaktor in Deutschland.

Eigentlich sollte auch in der Anlage, die in einem eingeschnittenen Tal direkt am Neckar liegt, am 31. Dezember endgültig Schluss sein. Dann sollte nach Willen der Bundesregierung das Atomzeitalter in Deutschland enden – nach dem GAU in Fukushima hatte man das eiligst beschlossen. Im Angesicht des Ukraine-Krieges und immer knapperer Gaslieferungen aus Russland wollen aber immer mehr Menschen nicht auf die Leistung der drei Reaktoren verzichten. Die Bundesregierung prüft deswegen aktuell in einem Stresstest, ob man die Kraftwerke in einen sogenannten Streckbetrieb schicken, sie also noch einige Monate weiter am Netz lassen sollte. Befürworter argumentieren, dass man eine Energiequelle, die weiter leicht verfügbar wäre, nicht abschalten sollte. Gegner weisen auf Sicherheitsmängeln hin und würden am liebsten sofort vom Netz.

Und die Neckarwestheimer, die ja tagtäglich in direkter Nachbarschaft mit dem Kraftwerk leben? Die sind ziemlich entspannt.

„Die Ängste sind gering“

Patrick Söndgen sitzt inzwischen am Küchentisch und gießt sich Kaffee in die Tasse, während neben ihm seine Frau Lea (27) die 10 Monate alte Tochter Kate mit Brei füttert. „Die Ängste im Dorf sind sehr gering“, sagt er. Weil viele Neckarwestheimer im Kraftwerk arbeiten oder zumindest jemanden kennen, der dort arbeitet, sei die Verbindung eng.

Lea Söndgen, die in dem 4200-Einwohner Ort im Landkreis Heilbronn aufgewachsen ist, sagt: „Als Kind gab es schon eine Phase, in der mir bewusst geworden ist, welche Gefahr von dem Kraftwerk ausgehen kann.“ Bei Sommerferienfreizeiten sei sie wegen des Kraftwerks oft aufgezo-gen worden. „Da habe ich ernsthaft mal geschaut, ob ich nachts leuchte, weil die anderen das immer gesagt haben“, erzählt sie und lacht. Vor der Geburt von Tochter Kate habe sie auch immer mal wieder über das Kraftwerk nachgedacht: „Ich habe mir aber weniger Gedanken um die Gefahr gemacht, sondern eher um die Frage, was wir unserer Tochter mit dem ganzen Atommüll eigentlich hinterlassen.“

Nur ein paar Querstraßen entfernt von Familie Söndgen bittet Jochen Winkler im Rathaus in ei-

Das Atomdorf

Energie In Neckarwestheim leben sie seit Jahrzehnten gut mit der Kernkraft – und auch gut wegen der Kernkraft. Was halten die Menschen vom möglichen Weiterbetrieb des Kraftwerks? Ein Ortsbesuch. Von David Nau



Dampf steigt aus dem Kühlturm des AKW Neckarwestheim. Im Hintergrund liegt das gleichnamige Dorf.

Foto: Thomas Kienzle/afp

nen nüchtern eingerichteten Konferenzraum. Der parteilose Bürgermeister von Neckarwestheim hat eigentlich Urlaub, muss aber im Moment ein Interview nach dem anderen geben. Gerade eben hat er einen Radioreporter verabschiedet. In den letzten Jahren sei es eher ruhig gewesen in Sachen Atomkraft, sagt Winkler, der seit 2016 im Amt ist. „Dass sich das jetzt so knapp vor der Ziellinie nochmal ändert, habe ich nicht erwartet“, gibt er zu.

Schon lang hat sich die Gemeinde darauf eingestellt, dass zum Jahresende Schluss ist mit der Kernkraft, da ändere auch ein möglicher Streckbetrieb nicht viel. „Wir rechnen mit dem Worstcase“, sagt Winkler – und schiebt direkt nach: „Mit dem finanziellen Worstcase natürlich.“ Denn für die Gemeindefinanzen war das Kernkraftwerk seit Jahrzehnten ein Glücksfall. Dessen Betreiber EnBW sorgte für sprudelnde Gewerbesteuereinnahmen, zwischen fünf und 10 Millionen Euro pro Jahr waren Standard. In manchen Jahren gab es aber auch mal 17 Millionen.

Das sieht man auch, wenn man die Einrichtungen der Gemeinde anschaut: Die Infrastruktur ist top, am Ortsrand liegt eine moderne und riesige Gemeindehalle, auf die wohl so manche Große Kreisstadt neidisch wäre, seit 1994 ist Neckarwestheim außerdem schuldenfrei. „Man hat früher nicht groß überlegt, ob man sich etwas leisten kann. Die Frage war immer nur, ob man die vielen Projekte koordiniert bekommt“, sagt Winkler.

Nach dem Ende der Atomkraft rechnet Winkler noch mit etwa zwei Millionen Euro an Gewerbesteuereinnahmen. Seit er 2016 ins Amt kam, verordnete er deswegen einen strikten Konsolidierungskurs. Der neue Kindergarten wurde etwa nicht wie sonst von einem Architekturbüro ent-

Man hat früher nicht groß überlegt, ob man sich etwas leisten kann.

Jochen Winkler (parteilos)
Bürgermeister von Neckarwestheim



FOTO: PRIVAT

Gegner fürchten heimliche Laufzeitverlängerung

Die Gegner der Atomkraft befürchten, sollte der Streckbetrieb kommen, eine Laufzeitverlängerung durch die Hintertür: „Wenn die rechtlichen Voraussetzungen für einen Streckbetrieb geschaffen würden, sind auch die für eine Lauf-

zeitverlängerung geschaffen“, sagt Franz Wagner vom Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar.

Er kritisiert, die Politik bemühe sich nicht ausreichend um andere Lösungen. „An den we-

worfen, sondern aus Holzmodulen zusammengesetzt, zudem sind Wasser- und Abwassergebühren jetzt so gestaltet, dass sie die Kosten decken, ebenso die Gebühren für Kita und Bestattungen. „Das ist jetzt alles auf dem Niveau wie in anderen Gemeinden“, sagt der Bürgermeister.

Rückbau wird Jahrzehnte dauern

Denn auch wenn der Rückbau des Kraftwerks noch Jahrzehnte dauern wird, viele andere große Arbeitgeber gibt es nicht. Nach dem Kraftwerk ist ein Kartoffelgroßhändler der größte Arbeitgeber im Ort. Ansonsten gibt es noch einige Handwerksbetriebe, aber auch die haben viele Aufträge im Kraftwerk. Mit einem neuen Gewerbegebiet versucht Winkler deswegen den drohenden Verlust abzufedern. Aber: „Einen Konzern wie die EnBW kann man nicht einfach ersetzen.“ Vielleicht bekommt die Gemeinde ja aber noch einen Aufschub, sollte sich die Bundesregierung für den Streckbetrieb entscheiden.

Probleme hätte man damit in Neckarwestheim offenbar keine. Eine ältere Dame, die mit ihrer Enkelin auf dem hübsch hergerichteten Spielplatz hinter dem Rathaus schaukelt, sagt: „Das würde mich nicht stören, ich habe keine Angst“. Ein älterer Herr, der vor dem

Rathaus in einem Häuschen auf den Bus wartet, geht noch weiter: „Es war Blödsinn, die Technik so schnell aufzugeben, ohne zu wissen, wie man sie ersetzt.“ Er habe selbst 29 Jahre im Energiesektor gearbeitet. „Der Reaktor-Typ, der hier betrieben wird, ist einer der sichersten der Welt“, ist er überzeugt.

Das sehen die Gegner der Kernenergie, die laut den Neckarwestheimern nicht im Dorf leben, naturgemäß anders. Sie sind in großer Sorge, weil seit Jahren bekannt ist, dass Heizrohre des Reaktors rissig sind. „Jeder Tag und jede Woche, die das Kraftwerk nach dem 31. Dezember weiter am Netz bleiben könnte, ist eine große Gefahr“, sagt Franz Wagner, Sprecher des Bundes der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar, in dem sich viele Aktionsgruppen der Region zusammengeschlossen haben.

Denn eigentlich muss jeder Reaktor alle zehn Jahre eine sogenannte periodische Sicherheitsüberprüfung durchlaufen. Die letzte fand in Neckarwestheim 2009 statt. 2019 verzichtete man darauf, weil der Reaktor Ende 2022 ohnehin abgeschaltet werden sollte. Für einen Weiterbetrieb müsste man also entweder die zeitaufwändige Sicherheitsüberprüfung machen oder die Regeln ändern. „Das wäre ein großer Dammbreach in der Sicherheitsphilosophie“, warnt Wagner.

Die junge Familie Söndgen verfolgt die Diskussion zwar mit Interesse, betreffen werden sie die Konsequenzen aber nicht mehr ganz direkt. In wenigen Wochen steht der Umzug nach Oberschwaben an, dort ist Patrick Söndgen zum Bürgermeister einer Gemeinde gewählt worden.

Und auch die Rinder werden weiter neben dem Kraftwerk grasen, egal ob dort Strom produziert wird, oder der Abbau losgeht.

Muss jetzt viel investiert werden?

Finanzpolitik Lena Schwalling, Landeschefin der Grünen, löst eine Debatte über die Schuldenbremse aus.

Stuttgart. Mit einem Vorstoß für einen Kurswechsel in der Haushaltspolitik hat Grünen-Landeschefin Lena Schwalling im Land eine heftige Kontroverse ausgelöst. Die 30-Jährige verlangt, dass die Landesregierung eine Ausnahme Klausel bei der Schuldenbremse nutzt, um die Verkehrswende und damit den Klimaschutz schneller voranzubringen. Sie will etwa deutlich mehr Geld für Infrastruktur und Bahn- und Busverkehr ausgeben. Dies sei auch im Sinne der Generationengerechtigkeit, da mit solchen Investitionen dazu beigetragen werde, die Zerstörung des Planeten zu verhindern.

Die SPD-Fraktion begrüßte Schwallings den Vorstoß für mehr Investitionen. Dafür müsse man aber nicht mal die Schuldenbremse lösen, sagte Fraktionsvize Nicolas Fink. „Die Landesregierung hat deutlich mehr Geld, als sie es zugeben will.“ Schwallings Äußerungen belegten, wie weit sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) „mit seiner Politik des konservativen Stillstands von der eigenen Partei entfernt hat“.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rühle äußerte den Verdacht, dass Schwalling von den Grünen in der Regierung vorgeschickt worden sei. „Nun wird die grüne Landesvorsitzende als Minenhund in die Arena geschickt, um



Lena Schwalling will mehr Geld für Schienenverkehr ausgeben. Foto: Marijan Murat/dpa

zu testen, was passiert, wenn man eine hemmungslose Schuldenpolitik ankündigt.“ Wenn es nach Schwalling gehe, würden „sämtliche Spielräume für künftige Generationen gnadenlos verversperrt werden“.

In den Regierungsparteien stieß Schwallings Vorschlag zum großen Teil auf Ablehnung. Für die Christdemokraten kommt ein Kurswechsel nicht infrage. Es komme jetzt auf „Solidität, Verlässlichkeit und einen klaren Kurs“ an, sagte CDU-Generalsekretärin Isabell Huber.

Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz wies auf die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung hin und dass sie sich als Instrument bewährt habe. Schwallings Forderung nach deutlich höheren Investitionen in den Schienenverkehr unterstützte er, aber diese müsse sich an den Bund richten. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) müsse die Regionalisierungsmittel deutlich erhöhen. Schwarz sagte zudem: „Ich selbst bin offen für Überlegungen, die Schuldenbremse im Grundgesetz um eine Investitionsklausel zu ergänzen.“

dpa

ZAHL DES TAGES

4,7

Prozent oder 30 493 mehr Menschen haben in Baden-Württemberg im Jahr 2021 ein Aufstiegs-Bafög in Anspruch genommen, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Damit werden Fortbildungen gefördert, die auf einem ersten beruflichen Abschluss aufbauen. Die Fördersumme ist von 15,1 Millionen Euro im Jahr 2020 auf 25,8 Millionen Euro gestiegen. dpa

Pflegebedürftige entlasten

Stuttgart. Im Jahr 2023 erwartet die Evangelische Heimstiftung in vielen Pflegeeinrichtungen einen Anstieg des Eigenanteils der Bewohnerinnen und Bewohner auf über 4000 Euro. Ursache seien um acht Prozent höhere Personalkosten, um 35 Prozent höhere Energiekosten und um 15 Prozent höhere Lebensmittelpreise, teilte die Heimstiftung am Donnerstag mit. Sie betreut in 165 Einrichtungen mehr als 13 000 Menschen.

Die Evangelische Heimstiftung fordert deshalb ein sofortiges Entlastungspaket: Der Bund solle die pflegebedingten Eigenanteile begrenzen und das Land für

jeden Heimbewohner ein monatliches Pflegegeld bezahlen. Die Heimstiftung habe es, wie alle anderen Pflegeheime auch, derzeit mit exorbitant steigenden Kosten zu tun.

In den Pflegeheimen der Heimstiftung liege der Eigenanteil derzeit im Durchschnitt bei rund 3300 Euro im Monat. In der Spitze seien es 3700 Euro und mehr. Bei einer erwarteten Erhöhung um 300 Euro werde die Schallmauer von 4000 Euro überschritten. Die Kostensteigerungen durch das neue Personalbemessungssystem ab 2023 seien in der Kalkulation nicht enthalten. epd

Licht aus für Schlösser in Heidelberg und Tettang

Heidelberg/Tettang. Das Schloss Heidelberg und das Neue Schloss Tettang (Bodenseekreis) werden seit Donnerstag vorerst abends nicht mehr beleuchtet. Auch an vielen anderen Schlössern, Burgen und Klöstern in Baden-Württemberg stellt das Land das Licht aus, um wegen des drohenden Gasmangels Energie zu sparen. Einige Kulturdenkmäler im Südwesten sind bereits seit mehr als einer Woche abends unbeleuchtet, etwa das Kloster Lorch (Ostalbkreis). Auch das Schloss in Heidelberg wurde in der vergangenen Woche nur noch bis 22 Uhr angestrahlt. dpa



Das Schloss Tettang wird zur Blauen Stunde nicht mehr angestrahlt.